

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken,
Tel.: 0681 8412410 * Fax: - 15
mailto: gdp-saarland@gdp.de * www.gdp-saarland.de * www.facebook.com/gdp.saar/

Pressemitteilung vom 26. Juni 2023

Gewerkschaft der Polizei zu drastischem Anstieg der Fallzahlen von „Häuslicher Gewalt“ im Saarland: „Häusliche Gewalt geht uns alle an!“

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Saarland, zeigt sich besorgt über die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik 2022, wonach im Saarland für den Phänomenbereich „Häusliche Gewalt“ ein drastischer Anstieg von fast 20 % zu verzeichnen ist. Mit dieser drastischen Entwicklung ist das Saarland trauriger Spitzenreiter. Nach Ansicht der GdP brauche es hier ein konsequentes Vorgehen des Staates gegen die Täter/innen, aber auch mehr Prävention.



Hierzu die stellvertretende Landesvorsitzende der GdP, Julia Schweitzer: „Diese Entwicklung gibt Anlass zur Sorge! Hier sind alle staatlichen und nichtstaatlichen Stellen aufgerufen, diesem negativen Trend entgegenzuwirken. Häusliche Gewalt bedeutet fortgesetztes Leid und ist schon lange keine Privatsache mehr. Häusliche Gewalt geht uns alle an!“

Es reiche nicht alleine aus, dass Straftaten in diesem Bereich angezeigt würden, sie müssten auch mit allen staatlichen Mitteln bekämpft und konsequent gegen die Täter/Täterin vorgegangen werden. Denn: Eine Statistik zeige, je häufiger ein/e Täter/in einer Häuslichen Gewalt festgenommen wird, desto seltener begeht er/sie erneute Straftaten. Dies steht jedoch auch in Verbindung mit der Anwendung der bestehenden gesetzlichen Regelungen. Der gesetzliche Strafrahmen müsse ausgeschöpft werden.

Häusliche Gewalt dürfe auch die Polizeiarbeit nicht noch mehr belasten. Die Bearbeitung dieses Deliktfeldes bedeute gerade für die Polizei ein erhöhtes Arbeitsaufkommen, da es zum einen sehr arbeitsintensiv sei und zum anderen eine spezialisierte Sachbearbeitung erfordere. Diese Notwendigkeit stelle die Polizei vor neue Herausforderungen und sei ohne zusätzliche Personalisierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nicht lösbar.

Um es gar nicht erst so weit kommen zu lassen, müsse der Fokus daher primär auf der Prävention liegen. Dies betreffe staatliche als auch nichtstaatliche Stellen und Institutionen. So müssten u.a. Gewaltschutzambulanzen eingerichtet werden und die Unterbringung in Schutzeinrichtungen wie „Frauenhäusern“ sichergestellt sein. Es müsse ein niedrigschwelliger Zugang zu den Informationen und Hilfsangeboten für Betroffene gewährleistet werden, bspw. über eine mehrsprachige App.

Schweitzer: „Es gilt hier, gemeinsame Lösung für diese gefährliche Entwicklung zu finden. Als GdP bringen wir uns hierbei gerne konstruktiv ein - denn Häusliche Gewalt ist eine Frage der Inneren Sicherheit!“